

Dienstleistungsausau... - 376079-2010

18/12/2010 S246 Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag - Auftragsbekanntmachung - Beschleunigtes Verhandlungsverfahren
 I.II.III.IV.VI.

D-Kelsterbach: Dienstleistungen im Zusammenhang mit Lärmbelästigungen

2010/S 246-376079

BEKANNTMACHUNG

Dienstleistungsauftrag

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N)

Gemeinnützige Umwelthaus GmbH
 Rüsselsheimer Straße 100
 z. H. Herrn Lanz
 65451 Kelsterbach
 DEUTSCHLAND
 Tel. +49 610798868(0)-10
 E-Mail: guenter.lanz@umwelthaus.org
 Fax +49 610798868-19

Internet-Adresse(n)

Hauptadresse des Auftraggebers <http://www.umwelthaus.org>

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei: den oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen

I.2) ART DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS UND HAUPTTÄTIGKEIT(EN)

Sonstiges Gemeinnützige GmbH des Landes Hessen
 Umwelt

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) BESCHREIBUNG

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber

Durchführung einer Lärmwirkungsstudie.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Dienstleistungsauftrag
 Dienstleistungskategorie: Nr. 16
 Hauptort der Dienstleistung Rüsselsheimer Str. 100, 65451 Kelsterbach DEUTSCHLAND.
 NUTS-Code DE717

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens

Durchführung einer Lärmwirkungsstudie mit den Schwerpunkten Fluglärm, Straßenlärm, Schienenlärm in der Region Rhein-Main und Vergleichsgebieten. Modularer Aufbau mit Kombination unterschiedlicher medizinisch / statistischer Methoden über mehrere Jahre in mehreren Wellen.

Die Studie ist in 3 übergeordnete Module aufgliedert, die wiederum weitere, detailliertere Aufgabenstellungen beinhalten. Die nachfolgende Aufstellung soll einen Überblick über die zu erbringenden Leistungen vermitteln, ohne im Detail bereits der endgültigen Ausprägung im Pflichtenheft vorzugreifen. Sie gibt jedoch dem Interessenten einen Überblick über die erforderlichen fachlichen und personellen Kapazitäten:

1. Modul Basiserhebung zur Belästigung und Lebensqualität.
 Erhebungen für Flugverkehr, Schiene und Straße, beginnend in 2011.
 Für Fluglärm an weiteren Standorten, ggf. schon 2011.

Kombination Fluglärm / Schiene, Fluglärm / Straße in Rhein-Main.

2. Modul Gesundheit (in Rhein-Main):

- Blutdruckmonitoring in Selbstmessung + Kontrollmessungen,
- Schlafqualität (Aktimetrie + EKG / EEG + Fragebogen),
- Sekundärdatenanalysen von Krankenkassen (KK)-Daten (Flugverkehr, Schiene, Straße),
- Fall-Kontroll-Studie mit Klinika- oder KK-Daten + ergänzende Erhebung.

3. Modul Kinder - kognitive Leistungen und Gesundheit.

Feldstudie zur Ermittlung chronischer Wirkungen + Fragebogen zur gesundheitlichen Lebensqualität.

Untersucht werden sollen im Wesentlichen:

- a) Wirkung von Fluglärm auf die Gesundheit - ebenso Berücksichtigung von Straßen- und Schienenlärm (Dosis-Wirkung), Neuerkrankungen und Erkrankungshäufigkeit (v.a. Herz-Kreislauf, aber auch Krebs);
- b) Zusammenhang zwischen Belastung, Belästigung und Gesundheit;
- c) Dosis-Wirkungs-Beziehungen verschiedener Lärmarten, Kombinationswirkungen;
- d) Entwicklung der Belästigung in der Region (z.B. Langfristeffekte);
- e) Identifikation von Risikofaktoren und Moderatoren und deren Einfluss auf Belästigungsempfinden und Gesundheit;
- f) Auswirkungen auf Kinder und deren schulische und persönliche Entwicklung (z.B. Lernverhalten) und gesundheitliche Lebensqualität;
- g) Wirkungen von Maßnahmen des aktiven Schallschutzes (z.B. Lärmpausen, Einzelpegel vs. Dauerschall);
- h) Wirkungen von bestimmten Informationsmaßnahmen in Bezug auf Belastungsurteile und gesundheitliche Lebensqualität.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

90742000, 71317200, 90742400

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):

- II.1.8) **Aufteilung in Lose**
Nein
- II.1.9) **Varianten/Alternativangebote sind zulässig:**
Nein
- II.2) **MENGE ODER UMFANG DES AUFTRAGS**
- II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang**
ohne MwSt. 4 000 000 EUR
- II.2.2) **Optionen**
Nein
- II.3) **VERTRAGSLAUFZEIT BZW. BEGINN UND ENDE DER AUFTRAGSAUSFÜHRUNG**
Beginn: 1.4.2011.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **BEDINGUNGEN FÜR DEN AUFTRAG**
- III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten**
Siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften (falls zutreffend)**
Siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird**
Wegen der großen Komplexität und fachlichen Vielfalt sowie des räumlichen und zeitlichen Studienumfanges unterstützt der Auftraggeber nachdrücklich die Bildung und Bewerbung von Bietergemeinschaften die gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter auftreten. Künftige Bietergemeinschaften müssen den Teilnahmeantrag als Bewerbergemeinschaft einreichen. Zum Nachweis des Vorliegens einer Bietergemeinschaft muss eine ausdrückliche schriftliche Erklärung der Bietergemeinschaft im Original mit dem Teilnahmeantrag eingereicht werden, in welchem die Mitglieder der Bietergemeinschaft benannt werden sowie dasjenige Mitglied der Bietergemeinschaft, welches die Bewerbergemeinschaft im vorliegenden Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt. Die Bewerbergemeinschaftserklärung muss von sämtlichen ihren Mitgliedern rechtsverbindlich im Original unterzeichnet werden und im Original vorliegen.
- III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung**
Nein
- III.2) **TEILNAHMEBEDINGUNGEN**
- III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: a) Rechtsverbindliche Eigenerklärung des Bewerbers - im Falle von Bietergemeinschaften für jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft - :
Aa) sich nicht im Insolvenzverfahren oder in Liquidation zu befinden oder seine oder ihre gewerbliche Tätigkeit eingestellt zu haben oder sich auf Grund eines in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehenen gleichartigen Verfahrens in entsprechender Lage zu befinden (vgl. § 4 Abs. 6 a) VOF;
Bb) nicht aufgrund eines rechtskräftigen Urteils aus Gründen bestraft worden zu sein, die seine oder ihre berufliche Zuverlässigkeit infrage stellen, vgl. § 4 Abs. 6 b) VOF;
Cc) im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen zu haben, die vom Auftraggeber nachweislich festgestellt wurde, vgl. § 4 Abs. 6c VOF;
Dd) dass die Verpflichtung zur Zahlung der Steuern und Abgaben nach den Vorschriften des Mitgliedsstaates des Bewerbers erfüllt wurden, vgl. § 4 Abs. 6 d) VOF;
Ee) sich bei der Erteilung von Auskünften nicht in erheblichem Maße falscher Erklärungen schuldig gemacht zu haben oder diese Auskünfte unberechtigterweise zu verweigern, vgl. § 4 Abs. 6 e) VOF;
Ff) dass der Antragsteller und Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, nicht wegen einer Verfehlung nach § 4 Absw. 6 a) bis g) VOF rechtskräftig verurteilt worden sind.
b) Aktueller Auszug aus dem Handelsregister (nicht älter als 3 Monate). (Gilt nur für Rechtsformen von Gesellschaften mit Eintragungspflicht).
1. Der Bewerber versichert durch Eigenerklärungen, dass er im Falle einer Auftragsvergabe:
a) die verantwortliche Gesamtprojektleitung sowie die Leitung der einzelnen Module s. II.1.5) nur durch eigene Angestellte oder vertraglich (s. III.1.3) gebundene Mitglieder des Bewerbers durchgeführt wird;
b) Unteraufträge nur dann vergeben werden, sofern die Koordination und Gesamtverantwortung beim Bewerber liegen;
c) die Vergabe von Projektleitungs-, Modulleitungs- und sonstiger Funktionen und Tätigkeiten die koordinierende und leitende Aufgaben beinhalten ausschließlich von eigenem Personal oder Mitgliedern des Bewerbers ausgeführt wird; ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers keine Unteraufträge an Dritte vergeben werden, die er nicht bereits im Angebot als potenzielle Unterauftragnehmer genannt wurden;
d) Eigenerklärung, dass sämtliche Verwertungsrechte uneingeschränkt auf den Auftraggeber übergehen und Veröffentlichungen über Auftragsgegenstände und Ergebnisse in jedweder Form durch den Auftragnehmer der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers bedürfen. (unberührt davon bleiben selbstverständlich die Urheberrechte);
e) Nachweis einer bestehenden Berufshaftpflichtversicherung in Höhe von mindestens 10 000 000 EUR durch Vorlage der Versicherungspolice in Kopie oder einer Bestätigung des Versicherers;
f) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers, aufgeteilt für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2007 bis 2009);
g) Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers, aufgeteilt für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2007 bis 2009), der auf Dienstleistungen entfällt, die mit der vorliegend ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind (im Sinne Ziffer II.1.5)), unter Angabe des Eigenleistungsanteils;
h) Eigenerklärung, dass keine Verstöße gegen das Sozialversicherungsrecht, Aufenthaltsrecht oder in der Branche geltende Tarifrecht vorliegen. (Die Eigenerklärungen entbinden die zuständigen Stellen von Verschwiegenheitspflichten und gestatten zur Nachprüfung ausdrücklich die Auskunft an den Auftraggeber.);
i) Nachweise der fachlichen Qualifikation des Bieters; Angaben zur wissenschaftlichen Qualifikation der Mitarbeiter, gegliedert nach Fachrichtungen (Lebensläufe, Zeugnisse etc.);
j) Eigenerklärung zur Anzahl der im Jahresdurchschnitt tätigen Mitarbeiter, aufgeteilt in Festangestellte und freie Mitarbeiter, während der seit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung vergangenen 36 Monate, welche die Voraussetzungen für die Bearbeitung der ausgeschriebenen Leistung erfüllen, insbesondere durch namentliche Auflistung dieser Mitarbeiter mit Angabe zu deren Qualifikation, Anzahl der Jahre der Mitarbeit im Büro des Bewerbers und Anzahl der Jahre an Berufserfahrung des Mitarbeiters; hierzu folgender Hinweis: Eine Angabe lediglich des im Auftragsfall vorgesehenen Bearbeitungsteams i.S.v. § 4 Abs. 3 VOF reicht nicht aus;
k) Nachweis der Beteiligung an Projekten oder wissenschaftlichen Studien für die Bereiche Fluglärm, Straßenlärm, Schienenlärm in den letzten 60 Monaten; Für jedes Referenz-Objekt sind folgende Angaben anzugeben:

- Aa) Name und Adresse des Auftraggebers sowie Benennung eines Ansprechpartners beim Auftraggeber mit Telefonnummer und Kontaktadresse samt E-Mail-Adresse;
- Bb) Bezeichnung und Standort des Referenzprojekts mit Kurzbeschreibung der erbrachten Leistung samt Angaben zur Größe, Art und Randbedingungen des Projektes (zur Einordnung des Schwierigkeitsgrades); Zeitraum der Leistungserbringung;
- cc) Ggf. Quellenangabe zu Veröffentlichungen über die Projekte;
- l) Ggf. Nachweis wissenschaftlicher Veröffentlichungen zu den genannten Themenbereichen;
- m) Ggf. Nachweise über Kenntnisse in der Methodik und Anwendung von Querschnittsuntersuchungen und deren Ausbau zu Längsschnittstudien sowie in diesem Zusammenhang mit dem Aufbau und Pflege von Access- Panels;
- n) Ggf. Nachweise über Erfahrungen mit Fall-Kontroll-Studien, Feldstudien zur Ermittlung chronischer gesundheitlicher Veränderungen, in der Erforschung von Schlafqualität und Lebensqualität;
- o) Nachweis, dass der Bieter nach geltendem nationalen Recht zur Erbringung der Auftragsleistung befugt ist, z. B. durch den Eintrag in das Berufs- oder Handelsregister, eine eidesstattliche Erklärung oder eine Bescheinigung, die Mitgliedschaft in einer einschlägigen Organisation, eine ausdrückliche Genehmigung oder den Eintrag in das Umsatzsteuerregister;
- p) Nachweis von Anzahl und Qualifikation des mit der Durchführung der Studie zu beauftragenden Personals: der Bewerber bestätigt durch Eigenerklärung, dass er sämtliche Arbeiten mit fachlich qualifiziertem Personal durchführen kann.

Bei Angeboten von Bietergemeinschaften:

Die unter Ziffer III.2.1) der vorliegenden Bekanntmachung benannten Nachweise und Erklärungen zur Beurteilung der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit (Eignungsvoraussetzungen) sind bei Vorliegen einer Bewerbergemeinschaft sofern möglich für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen: die Nachweise und Erklärungen gemäß Ziffer III.2.1.5) (= Referenzangaben) für das jeweils eigene Fachgebiet des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft, welches dieses innerhalb

Der Bewerbergemeinschaft im Auftragsfall bearbeiten wird anzugeben. Für Bewerbergemeinschaften wird auf die Notwendigkeit der Vorlage einer Bewerbergemeinschaftserklärung gemäß oben Ziffer III.1.3 im Original ausdrücklich nochmals hingewiesen.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: s. III 2.1.

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
s. III 2.1.

III.2.4) **Vorbehaltene Aufträge**

Nein

III.3) **BESONDERE BEDINGUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGS-AUFTRÄGE**

III.3.1) **Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten**

Nein

III.3.2) **Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen**

Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **VERFAHRENSART**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Beschleunigtes Verhandlungsverfahren

Das Verfahren ist besonders dringlich, da die im Laufe des Verfahrens zur Beauftragung anstehende Lärmwirkungsstudie am Standort Flughafen Frankfurt eine Nulllinie erarbeiten soll, die die 6 verkehrsreichsten Monate des Jahres 2011 vor voraussichtlicher Inbetriebnahme der neuen Landebahn Nordwest umfassen soll. Ein früherer Ausschreibungstermin für das aktuelle Verfahren war nach der Expertenanhörung im April 2010, der Landtagsanhörung im September 2010 und der Auswertung, Überarbeitung und Verabschiedung von Eckpunkten für ein endgültiges Design der Studie nicht erzielbar.

IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

geplante Mindestzahl 3 Höchstzahl 3

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Der Auftraggeber wird die fristgerecht eingehenden Teilnahmeanträge anhand der geforderten Nachweise und Erklärungen formell und inhaltlich prüfen und bewerten. Der Auftraggeber wird bei einer größeren Zahl gleichwertiger Bewerber den Kreis der zur Angebotsabgabe einzuladenden Bewerber auf höchstens 3 beschränken. Sollte die Durchführung des Teilnahmewettbewerbes ergeben, dass mehr als drei Bewerber grundsätzlich die vorliegend geforderten Eignungsvoraussetzungen erfüllen, so wird der Auftraggeber die zur Abgabe eines Angebotes einzuladenden Bewerber auswählen, welche die Eignungsvoraussetzungen am Besten erfüllen. Um dies zu ermitteln, wird der Auftraggeber die in dieser Bekanntmachung benannten Eignungsvoraussetzungen (Ziffer III 2.1) bewerten und gewichten. Dazu wird der Auftraggeber die Teilnahmeanträge nach den Kriterien Fachkunde, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit werten.

IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote Ja

IV.2) **ZUSCHLAGSKRITERIEN**

IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

Wirtschaftlich günstigstes Angebot die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

IV.2.2) **Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt**

Nein

IV.3) **VERWALTUNGSINFORMATIONEN**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber**

03/2010

IV.3.2) **Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags**

Nein

IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen**

IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge**

5.1.2011 - 12:00

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**

Deutsch.

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **DAUERAUFTRAG**

Nein

VI.2) **AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD**

Nein

VI.3) **SONSTIGE INFORMATIONEN**

Bei gemeinsamen Angeboten gelten die Ausschluss-, Auswahl- und Zuschlagskriterien für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft. Gleiches gilt für Unterauftragnehmer.

Aus dem Angebot müssen die Namen der Unterauftragnehmer, ihre Bereitschaft zur Ausführung der Arbeiten und damit verbunden ihr Einverständnis mit den genannten Bedingungen hervorgehen.

Nachr. HAD-Ref.: 3085/8.

Nachr. V-Nr/AKZ: 03/2010.

VI.4) **NACHPRÜFUNGSVERFAHREN/RECHTSBEHELFSVERFAHREN**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

64283 Darmstadt

DEUTSCHLAND

Fax +49 6151125816 (normale Dienstzeiten) / 6151126834 (00:00 bis 24:00 Uhr)

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Erght eine Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Bieter wegen Nichtbeachtung der Vergabevorschriften ein Nachprüfungsverfahren nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang vor der Vergabekammer beantragen.

Nach Ablauf der Frist ist der Antrag unzulässig. (§ 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

VI.4.3) **Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind**

VI.5) **TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG:**

15.12.2010